

# Evangelische Verantwortung



## *Gesellschaft ohne Gott? – Kirchen und Gemeinwohl*

Dr. Andreas Püttmann *Seite 3*

Schwangerschaftskonflikt  
und Mann

Reinhard Klein *Seite 9*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



die jüngsten **Landtagswahlen** in **Mecklenburg-Vorpommern** und **Berlin** haben leider auch für die CDU empfindliche Verluste gebracht. Das besorgniserregende Erstarken der **AfD**, die es derzeit vor allem schafft, **bisherige Nicht- und Protestwähler** für sich zu mobilisieren, schwächt aber auch genauso die übrigen Parteien. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich bei den Wählerwanderungen übrigens noch einmal deutlich gezeigt, wie fließend die politischen Übergänge vom sogenannten rechtspopulistischen zum so-

genannten linkspopulistischen Lager sein können, wenn die AfD von der **Linkspartei** fast genauso viele Wählerstimmen ziehen konnte (18 000) wie von den Rechtsradikalen der **NPD** (19 000). Entgegen der landläufigen Meinung verschwimmen hier nämlich faktisch die Grenzen zwischen extrem rechter und extrem linker Gesinnung, weil die Haltung des radikalen Protestes für beide politischen Richtungen die eigentliche Klammer und das „Kerngeschäft“ darstellt. Es kann deshalb auch niemanden wirklich wundern, dass z.B. **Ressentiments gegenüber Flüchtlingen, Islam und Ausländern** zum Teil gefährliche Schnittmengen zwischen links und rechts bilden können. Das hat übrigens auch der **Faktencheck zur AfD** unseres Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) deutlich gezeigt (s. S. 15): In der Ablehnung von **Westbündnis** und NATO (bei gleichzeitiger Orientierung an Putins Russland) und der Fundamentalkritik an der Europäischen Union oder den geplanten **Freihandelsabkommen** gibt es – unbeschadet des jeweiligen ideologischen Fundamentes – in Wirklichkeit zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen Links- und Rechtspopulisten. Als ein Fazit auch dieser Landtagswahlen wird man also ziehen können, dass derzeit die **extremen politischen Ränder** auf Kosten der bürgerlichen Mitte bedenklich erstarken:

Rechnet man beispielsweise in Berlin die Ergebnisse von AfD und Linkspartei zusammen, kommt man immerhin auf rund 30 % aller Wählerstimmen.

Das muss ein Alarmsignal für unser Land sein, das ganz im Gegensatz zu den düsteren Untergangsszenarien, die hier vielfach gezeichnet und verbreitet werden, arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftlich blendend dasteht und international den Menschen in den meisten Ländern dieser Welt beneidet wird. Die Union muss in dieser schwierigen Situation für einen verantwortlich geführten Kurs und für eine differenzierte Politik des Ausgleiches, des Maßes und der Mitte eintreten. Die sich aus dem christlichen Glauben ergebenden Werte bieten dabei nach wie vor den rechten Kompass.

Wir haben derzeit politisch noch viele Baustellen – auch natürlich angesichts der historischen **Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise**, die vielen Menschen im Lande verständlicherweise auch Angst bereitet. Der Umfang der Aufgabe ist vielleicht unterschätzt worden. Umso mehr arbeitet die Union deshalb seit geraumer Zeit und mit Hochdruck an tragfähigen Lösungen und Antworten für die komplexen Probleme und Herausforderungen, vor denen wir stehen. Vor dem Hintergrund einer derzeit einzigartigen globalen Herausforderung durch Massenflucht und Migration wollen wir in ethisch verantwortlicher und dem „C“ im Parteinamen angemessener Weise ordnen und steuern, und vor allem auch verstärkt die Flucht- und Migrationsursachen selbst bekämpfen. Zu Recht hat **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** nun das Ziel formuliert, dass alles dafür getan werden soll, dass sich die Situation des vergangenen Jahres, die in Folge einer humanitären Ausnahmesituation entstanden ist, nicht wiederholt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

PSt Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

3 Gesellschaft ohne Gott? – Kirchen und Gemeinwohl

9 Schwangerschaftskonflikt und Mann

14 Evangelisches Leserforum



# Gesellschaft ohne Gott? – Kirchen und Gemeinwohl

| Dr. Andreas Püttmann

## 1. Lageskizze: Die Entchristlichung Deutschlands

Laut der letzten EKD-Kirchenmitgliederstudie (2014) sind „gravierende Änderungen in der religiösen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten“. Schon jetzt ist der Bevölkerungsanteil der nominellen Christen von 95 Prozent (1950) auf 59 Prozent (2015) gefallen. Nur knapp ein Drittel dieses Rückgangs geht auf die Wiedervereinigung mit den in zwei kirchenfeindlichen Diktaturen weitgehend entchristlichten DDR-Gebieten zurück. Heute leben in Deutschland je etwa 23 Millionen katholische und evangelische (inklusive einer halben Million freikirchlicher) Christen. Hinzu kommen 1,4 Millionen orthodoxe Christen, die allermeisten davon haben einen Migrationshintergrund.

Die Zahl der Protestanten in Deutschland (1950 noch 43 Millionen) hat sich im Zeitraum von nur zwei Generationen nahezu halbiert. Zwei Drittel der heutigen

Deutschen, die aus der Kirche ausgetreten sind, waren evangelisch. Von den verbliebenen Protestanten hat etwa jeder Dritte schon mit dem Gedanken an Kirchenaustritt gespielt oder ist dazu entschlossen. Trotz des „Siebungseffekts“ durch die vielen schon Ausgetretenen erklären sich nur 40 Prozent der evangelischen Kirchenmitglieder ihrer Kirche verbunden (davon 12 % „eng“); jeder Fünfte nennt sich nicht einmal einen gläubigen Christen, als „religiös, aber nicht christlich“, areligiös („Ich brauche keine Religion“) oder „unsicher, ich weiß nicht was ich glauben soll“.

Die Mehrheit liest nie in der Bibel und spricht nie mit anderen über ein religiöses Thema. Etwa 4 Prozent der landeskirchlichen und 80 Prozent der freikirchlichen Protestanten besuchen am Sonntag einen Gottesdienst; die Freikirchler stellen demnach gut ein Drittel der Gottesdienstgemeinde und tragen wohl den größten Teil des missionarischen

Engagements. Der frühere EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider kam angesichts der in der Mitgliederstudie konstatierten „Stabilität des Abbruchs“ zu dem Schluss: „Eine distanzierte Kirchenmitgliedschaft vererbt sich nicht, sie stirbt aus“ (FAZ vom 10.11.2014).

Die katholische Kirche hat seit 1950 zwar weit weniger Mitglieder verloren. Allerdings implodierte hier der Gottesdienstbesuch von 50 auf 11 Prozent. 54 Prozent der Katholiken erklären sich

ihrer Kirche verbunden (17 % „eng“), 14 Prozent nicht als gläubiger Christ. Die höhere Bindekraft der katholischen

Kirche geht paradoxerweise mit einem negativeren Image einher: Nur ein Fünftel der Bevölkerung vertraut der katholischen Kirche (Stufen 5–7 einer 7er-Skala), die meisten wählen die Stufe 1: gar kein Vertrauen (27 %). Der evangelischen Kirche vertrauen 29 Prozent und nur 18 Prozent „gar nicht“. Schon lange

*Eine distanzierte Kirchenmitgliedschaft vererbt sich nicht, sie stirbt aus.*



vor der katholischen Skandalserie ab 2009 (Piusbrüder, Missbrauch, Tebartz-van Elst) schrieb der Katholik Hans Conrad Zander in seinem Buch: „Zehn Argumente für den Zölibat“: „In der Hackordnung der öffentlichen Wertschätzung kommt hinter uns nur Hare Krishna und Scientology“. Im Land der Reformation ist eine antikatolische Unterströmung weiterhin erkennbar, derzeit überdeckt durch die große Sympathie für Papst Franziskus.

Insgesamt stellt sich das Christentum in Deutschland und weiten Teilen Europas als eine „erkaltete“ Religion dar. Die Überzeugung der Gläubigen, wirklich eine Wahrheit gefunden zu haben, die das Leben prägt und bereichert, jenseitiges Heil erlangen lässt und anderen Menschen mitzuteilen ist (Mission), findet man in den Kirchen kaum noch. Wesentliche Inhalte des Credo und des Katechismus werden von bis zu 80 Prozent der Mitglieder nicht geglaubt oder ausdrücklich abgelehnt. Der Glaube an Jesus Christus als Gottessohn findet die Zustimmung von etwa zwei Dritteln – einer der höchsten Werte, weit vor der Dreifaltigkeit, dem Jüngsten Gericht und der Auferstehung der Toten. Selbst das seit dem frühen Christentum belegte Verbot der Abtreibung, die das Zweite Vatikanische Konzil als „verabscheuungswürdiges Verbrechen“ qualifizierte, wird nur von 28 Prozent der deutschen

Katholiken unterstützt, die Sexualmoral von 13 Prozent.

Besonders beunruhigen müssen die Kirchen „erdbebenartige Abbrüche“ (Detlef Pollack) in der jungen Generation: Ihrer Kirche verbunden zu sein, bekunden unter 30-jährige nicht einmal halb so oft wie über 60-jährige. Nur 9 Prozent der jungen Leute beten täglich, 16 Prozent wöchentlich. Entgegen landläufigen Vorstellungen findet durch Lebenszykluseffekte nur ein kleiner Teil der kirchlich distanzierten oder Areligiösen später zu lebendigem Glauben und kirchlicher Praxis. Das Altersgefälle bei allen religiösen Indikatoren ist im Wesentlichen mit einem Kohorteneffekt zu erklären.

Weitgehend unzutreffend ist auch die vom expansiven Religionsbegriff mancher Studien genährte Vorstellung, die Kirchen machten für eine stabile religiöse „Nachfrage“ nur das falsche Angebot. Die Parole: „Jesus ja, Kirche nein“ ist überholt. Tatsächlich ist eine „Relevanzdiffusion des Religiösen“ (EKD-Mitgliederstudie) festzustellen: Die Selbstdefinition als „religiöser Mensch“ geht seit Jahrzehnten leicht zurück und nähert sich der 40-Prozent-Marke. „Sehr“ oder „ziemlich“ an religiösen Themen interessiert zu sein, bekunden noch weniger: etwa ein Drittel

*Wesentliche Inhalte des Credo und des Katechismus werden von bis zu 80 Prozent der Kirchenmitglieder nicht geglaubt oder ausdrücklich abgelehnt.*

in den alten und ein Fünftel in den jungen Bundesländern. Ein nennenswerter Aufwuchs religiöser Alternativen ist nicht nachweisbar.

In ihrer internationalen Studie „Religion in der Moderne“ (2015) machen Detlef Pollack und Gergely Rosta im Wesentlichen kirchenexterne Faktoren für die Kirchenkrise in Europa verantwortlich: „Unabhängig davon, was die Kirchen tun oder lassen, welchem theologischen Leit-

bild sie in ihrem Handeln folgen und welche politischen Positionen sie vertreten, gehen die Austrittszahlen noch oben oder nach unten“.

Einflussreicher seien „ökonomische, politische und gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse“: Individualisierung, Urbanisierung, Massenwohlstand, Ablenkung bzw. Interessenkonkurrenz durch vermehrte Freizeitoptionen, Bildungsexpansion, Berufstätigkeit der Mütter, Mobilitätszunahme und Wertediskrepanzen (insbesondere bei der Sexualethik). Angesichts der medialen Dominanz kirchenorientierter Erklärungsmuster für den Schwund christlichen Glaubens mag es überraschen, „wie wenig die Kirchen Herr ihres eigenen Schicksals“, sondern „äußeren Faktoren ausgesetzt“ seien, „denen sie wenig entgegenzusetzen haben“.

## 2. Ressourcen in der öffentlichen Wahrnehmung

Im Blick auf die Daten zu Glaube und Kirchenverbundenheit erscheint nicht mehr erklärungsbedürftig, warum Jahr für Jahr „wieder so viele Menschen aus der Kirche ausgetreten sind“, sondern warum so wenige austreten – mit der Folge, dass die Kirchen zu mindestens einem Fünftel aus „getauften Heiden“ (Johannes Joachim Degenhardt) bestehen. Dies lenkt den Blick auf die Ressourcen des hiesigen Christentums.

Danach gefragt, „was einem die Kirche bringt, was man Positives für sich herauszieht“, bejahen die befragten Mitglieder aus einer Liste vor allem die biographisch-zeremonielle Kompetenz der Kirche, „zum Beispiel Hochzeit, Taufe“ (55 %) und das Argument familiärer Tradition: „Es gehört für mich einfach dazu“ (45 %). Am dritthäufigsten genannt: „Die Kirche setzt sich für eine menschenwürdigere Welt ein“ (39 %), gefolgt von dem „Gefühl, zu einer Gemeinschaft zu gehören“ (35 %). Erst danach kommen Aspekte des Glaubens oder der spirituellen „Wellness“: Die Kirche biete „Ruhe“, „Gelegenheit zum Nachdenken“, „Meditieren“, vermittele „Trost“, „Aufmunterung“, „Hoffnung“, habe schöne Rituale, biete „Hilfe, wenn ich sie brauche“ und „Anspruchspartner, mit denen ich reden kann“.

Als Zeremonienmeisterin, Moralanstalt, Sozialagentur und Rückzugsort wird die Kirche also weiterhin geschätzt – ausdrücklich auch unter Agnostikern. Zum Beispiel Oskar Lafontaine: In der Talkshow „Günther Jauch“ begründete er seine Mitgliedschaft in der katholischen Kirche damit, dass „die Kirchen ein Bollwerk gegen den rasanten Werteverfall“ seien. Furcht vor einer „Gesellschaft ohne Gott“ findet sich in allen Parteien. Gregor Gysi äußerte sich wiederholt in diesem Sinne: „Auch als Nichtgläubiger fürchte ich eine gottlose Gesellschaft“. Joschka Fischer schrieb in seinem Buch: „Die Linke nach dem Sozialismus“: „Eine Ethik ohne religiöse Fundierung ... scheint in der Moderne einfach nicht zu funktionieren“.

Eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung hält Europa für (sehr) stark durch das Christentum geprägt, absolute Mehrheiten befürworten den schulischen Religionsunterricht und finden religiöse Erziehung wichtig für Kinder; nur 23 Prozent widersprechen: „macht keinen Unterschied“. Einfache Mehrheiten vermuten, an kirchlichen Schulen werde ein besseres Sozialverhalten gelernt als an staatlichen und finden es „sehr“ (18 %) oder „auch wichtig“ (35 %), „dass eine Partei sich an

christlichen Grundsätzen orientiert“. Das sind sogar etwas mehr Befragte als christliche Werte für ihr eigenes Leben wichtig nennen. Ein Teil der Gesellschaft lebt nach dem Motto: „Religion ist gut – aber für die anderen“ (Alfred Grosser).

56 Prozent finden das Attribut „christlich“ sympathisch, 26 Prozent unsympathisch. Die CDU hätte demnach einen C-Bonus und keinesfalls einen C-Malus. Beim Attribut „konservativ“ fallen die Sympathiewerte umgekehrt aus. Die Vorstellungen von den Positionen eines christlichen Politikers sind weit positiver als die eines konservativen Politikers zugeschrieben: Vom Christen erwartet man häufiger, „dass er sich für sozial Schwache einsetzt“ (75 zu 29 Prozent), „für einen umfassenden Sozialstaat“ (46:22 %) und „für Freiheit eintritt“ (52:34 %), „weltoffen, tolerant ist“ (52:17 %), „sich für den Umweltschutz einsetzt“ (35:18 %).

Weniger als beim Konservativen vermutet man bei ihm, „dass er von Ausländern verlangt, sich weitgehend an die deutsche Kultur anzupassen“ (35:67 %) und fordert, „dass die Arbeitslosenunterstützung deutlich niedriger ist als das Einkommen eines Berufstätigen“ (15:41 %), „dass er patriotisch, stolz auf sein Land“ (19:57 %) und „gegen die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren ist“ (28:58 %).

Eine Partei mit dem Anspruch des „C“ lebt nicht so gefährlich wie man vermuten könnte, weil die Bevölkerung die Möglichkeit „eines Politikers oder einer Partei, sich bei politischen Entscheidungen konsequent an christlichen Wertvorstellungen zu orientieren“, recht zurückhaltend beurteilt: 54 Prozent meinen: „ist kaum möglich“ – und sind deshalb kaum zu enttäuschen –, nur 22 Prozent vertreten die optimistische Gegenposition.

An der Mitgliederbasis der CDU nahm die erklärte Kirchenbindung laut Umfrage der Adenauer-Stiftung (1993 und 2006) sogar zu. Für die Anhänger der Union hat das Christliche „eine größere Bedeutung als für die Anhängerschaften anderer Parteien. Somit haben sie auch spezielle Bedürfnisse hinsichtlich des ‚C‘ an die Partei“ (Viola Neu). Eine beachtliche Minderheit meint: „Es wäre besser für Deutschland, wenn mehr Menschen mit einer starken religiösen Überzeugung öffentliche Ämter innehätten“ (37 %) und: „Die Standpunkte der Kirchen sollten in der CDU stärkeres Gewicht haben“ (38 %). Diese qualifizierte Minderheit zu pflegen ist nicht nur deshalb wichtig, weil sie einen besonderen Bezug zum ideellen Fundament der Partei hat, sondern auch, weil die dezidiert religiösen Mitglieder

meistens gut im vorpolitischen Raum vernetzt und (nach einer älteren KAS-Studie von 1997) „überdurchschnittlich stark zu ämterorientiertem Engagement bereit“ sind.

Mitarbeiter von Wilhelm Heitmeyers Forschungsprojekt: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigten sich 2006 überrascht über „die Verbreitung antisäkularer Einstellungen. Politisches Handeln, das sich an christlichen Werten orientiert, scheint konsensfähig“. Zumindest können Christen auch dort, wo sie in der Minderheit sind, bei einem authentischen, dialogfähigen Auftreten eine gesellschaftliche Führungsrolle wahrnehmen. Die säkularisierte Gesellschaft „ist mitnichten religions- oder kirchenfeindlich“ (Viola Neu).

## 3. Kirchliche und staatskirchenrechtliche Zukunftsperspektiven

Von den unter 30-jährigen, den Erziehern der kommenden Generation, finden nur 15 Prozent die religiöse Erziehung „sehr wichtig“. Die frühere „Hauskirche Familie“ wird für die Tradierung christlichen Glaubens vermutlich noch häufiger ausfallen als bisher. Die schrumpfenden, mit Fusionen und Reorganisationen beschäftigten Kirchengemeinden dürften ebenso wenig in der Lage sein, diesen Ausfall zu kompensieren wie der schulische Religionsunterricht, der schon lange eher lebens- und religionskundlich als katechetisch-bekanntnisorientiert ausgerichtet zu sein scheint. Während das Christentum global weiter wächst, insbesondere in Afrika und Asien, spricht derzeit nichts dafür, dass eine Reevangelisierung Europas gelingen könnte. Günstigstenfalls wird sich der Trend der Entchristlichung nicht beschleunigen. Sozialpsychologische Effekte, wonach Meinungsminderheiten dazu neigen, sich weniger offen zu ihren Überzeugungen zu bekennen („Schweigespirale“), während die wahrgenommene Mehrheit sich umso ungehemmter exponiert und noch übermächtiger erscheinen kann als sie tatsächlich ist, könnten den Abwärtstrend durchaus verschärfen.

Andererseits werden die oben beschriebene soziale Wertschätzung sowie Impulse zu einer kulturellen Selbstbehauptung gegenüber dem religiös und demographisch dynamischeren Islam den Trend etwas bremsen. Außerdem sind Reaktionen auf gravierende Ereignisse oder Entwicklungen, welche die menschliche Ohnmacht und Abhängigkeit von „höherer Gewalt“ illustrieren oder kirchliche Lehren an Plausibilität gewinnen lassen, nie auszuschließen.

Zwar verharrt die Vorstellung, dass der christliche Glaube „überholt, nicht mehr zeitgemäß“ sei, in Deutschland seit

zehn Jahren stabil bei einem Drittel der Bevölkerung, während ihn stets über 40 Prozent für weiterhin wichtig halten. Doch wird das Staatskirchenrecht unter immer größeren Legitimationsdruck geraten. Der derzeit eingeschlagene Weg versucht seine Regelungen möglichst analog auf andere Glaubensgemeinschaften von gesellschaftlicher Relevanz auszuweiten, also

einer pluralisierten positiven Religionsfreiheit im säkularen Staat Vorzug zu geben vor dem laizistischen Konzept einer Abdrängung aller Religionen in die private Sphäre. Dies setzt aber voraus, dass die Gläubigen diese Freiheit sozialverträglich gebrauchen und ihre Gemeinschaften eine für Kooperationen mit dem Staat kompatible Organisationsform entwickeln. Außerdem muss die konfessionslose (relative) Bevölkerungsmehrheit davon überzeugt werden, dass ihr durch das partnerschaftliche Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften keine Nachteile entstehen, womöglich sogar eher ein Nutzen. Mit rein traditionellen oder grundrechtlichen Argumenten wird das herkömmliche Staatskirchenrecht bzw. das „Religionsverfassungsrecht“ nicht zu erhalten sein.

2011 wurde eine „striktre Trennung von Staat und Kirche in Deutschland“ nur noch mit knapper Mehrheit (52:44 Prozent) als „nicht notwendig“ erachtet. Die (allerdings unpräzise) Aussage: „Die Kirchensteuer sollte nicht mehr vom Staat erhoben werden, stattdessen sollten die Kirchenmitglieder Beiträge zahlen“, unterstützten 2013 64 Prozent. Zehn Jahre zuvor waren erst 54 Prozent dieser Meinung; nur bei CDU/CSU-Anhängern hielten sich Befürworter und Gegner dieses Sonderbeitrags der Christen die Waage (48:48 %); unter den Anhängern aller anderen Parteien dominierte schon die Ablehnung. 2013 votierten selbst 51 Prozent der Katholiken und 58 Prozent der Protestanten gegen den staatlichen Einzug der Kirchensteuer.

Hier bleibt also erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten: Wieso sollten die Kirchen ihre einkommensabhängigen Mitgliedsbeiträge nicht von der staatlichen Steuerbürokratie, die dafür gut honoriert wird, einziehen lassen dürfen? Das ist am einfachsten, sozial gerecht und schadet niemandem. Ein Sonderbeitrag von Christen, den konfessionslose Bürger nicht zahlen, obwohl sie auch davon profitieren, wo kirchliche Eigenmittel oder ehrenamtliches christliches Engagement in die soziale Infrastruktur einfließen. Eine unkritische „Staatsnähe“ der Kirchen durch diese Kooperation lässt sich für die Bundesrepublik nicht nachweisen. Dafür haben

Bischöfe und Pastorinnen die Politik viel zu oft „beharkt“. In Abhängigkeiten drohte vielmehr eine rein spendenfinanzierte Kirche zu geraten. Indem die Kirchensteuer durch die Finanzierung weit verzweigter Strukturen sozialer Begegnung und Partizipation eine ständige Rückkopplung der Kirche mit der säkularen Gesellschaft

garantiert, verringert sie auch das Risiko sektiererischer Selbstreferenzialität.

Zwar ist der Anteil derer, die dem Christentum in Deutschland „gegenüber anderen

Religionen eine bevorzugte Stellung“ einräumen, weil es „zum Kern unserer Kultur gehört“, zwischen 2004 und 2012 von 41 auf 48 Prozent gestiegen, während die Gegenmeinung: „Alle Religionen in Deutschland sollten gleichberechtigt sein“ leicht von 39 auf 35 Prozent zurückging. Doch bei den unter 30-jährigen sind die Mehrheitsverhältnisse mehr als umgekehrt (29:46 %).

Zudem sind „strong atheists“, die (in der Regel) dezidiert gegen die öffentliche Präsenz und politische Einflussnahme der Kirchen auftreten, mit 10 Prozent der Bevölkerung schon etwa genauso zahlreich wie die bekenntnisfreudigen „strong believers“. Unter diesen finden sich außerdem sehr aktive Netzwerke, die die Kirchensteuer als Grundübel einer weltlichten, zu staatsnahen, theologisch liberalen Kirche betrachten. Diese religiöse Rechte ist zunehmend genervt von einem „lauen Funktionärskatholizismus“ und „Mainstream-Protestantismus“ in aufgeblähten Ordinariaten und Kirchenämtern. Sie erhofft sich, scheinbar bestätigt durch die Freiburger „Entweltlichungs“-Rede Papst Benedikts XVI. 2011, von einer Abschaffung der Kirchensteuer einerseits eine Revitalisierung des behäbigen Gewohnheitschristentums und andererseits – in sehr weltlichem Kalkül – wohl auch eigenen Machtzuwachs, weil eine rein spendenfinanzierte Kirche sich stärker auf fromme Entscheidungschristen bürgerlich-(und adelig-)konservativer Provenienz stützen müsste und so wohl selbst konservativer werden könnte.

Hiermit deutet sich ein weiteres Risiko für das Christentum in Deutschland an: Der Aderlass beider Konfessionen muss keineswegs, wie manche vermuten, zu einer „Gesundschumpfung“ der Kirchen auf einen geistlich glühenden Kern führen, der wieder missionswillig und -fähig wäre. Führt der Christenschwund bei zunehmenden moralischen Differenzen zur säkularen Gesellschaft nämlich in eine Wagenburgmentalität, Dialogunfähigkeit und sektiererische Verengung der Glaubensbotschaft, dann könnte sich vielmehr



eine „Krankschumpfung“ einstellen, die den Relevanzverlust forciert. Dass manche konservative Christen rechtspopulistische Parteien (AfD) und Medien der nationalen Rechten (Junge Freiheit) bis hin zu Putins Russland (!) als gesellschaftspolitische Verbündete betrachten – etwa im „Kampf für die Familie“ und gegen Homosexuellenrechte und generell gegen den Liberalismus –, spricht leider für eine solche Entwicklung. Der linken Politisierung des Glaubens hat sich längst eine rechte beigesellt, deren oft demagogisch vereinfachende Rhetorik kaum noch mit dem Evangelium in Verbindung zu bringen ist. Sie zeugt vielmehr von einer Überwölbung des Christlichen durch das Rechtskonservative und seinen Kult um „das Eigene“, sei es in Form des Nationalismus, Wohlstandsegoismus, kirchlichen Autoritarismus oder ideologisch überdrehten Familismus.

#### 4. Christliche Gemeinwohldienste

Die sozialetischen Gemeinwohldienste der Kirchen sind nicht allein an Zahl und Größe diakonischer Einrichtungen und sozialer Verbände, an Kindergärten und Schulen, Entwicklungshilfen und Spendensummen zu messen. Empirische Untersuchungen zu demokratischen Bürgertugenden weisen die Christen durchaus als eine Art „Wertelite“ aus. Sie bestätigen das Vermächtnis des



Widerstandes gegen die NS-Diktatur – „Wir sehen im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau des Abendlandes, für das friedliche Zusammenarbeiten der Völker“ (Kreisauer Kreis) – und entsprechen den „Verfassungserwartungen“ an die Kirchen.

„Die Vitalität der religiösen Kultur beeinflusst das Wertesystem der Gesellschaft“ (Renate Köcher): bei Lebensschutz und Kinderfreundlichkeit, Rechtsgehorsam und normativem Denken, Toleranz, Vertrauen und sozialem Engagement, politischer Mäßigung und Partizipation, Beziehungsstabilität und Lebenszufriedenheit. Im Einzelnen:

- Christen betrachten den Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes und sind damit in besonderer Weise der Würde des Menschen verpflichtet. Dies erweist sich vor allem in Fragen der Unantastbarkeit menschlichen Lebens, eines „Höchstwertes“ (BVerfG) des Grundgesetzes. Ein Fazit der Europäischen Wertestudie 1993 lautete: „Das Religiöse wirkt nachhaltig zum Schutz des Lebendigen“. Tatsächlich engagieren sich in Organisationen zur Verteidigung des menschlichen Lebensrechts und gegen eine Aufweichung des Tötungstabus fast ausschließlich kirchennahe Christen.

- Die in der jüdisch-christlichen Tradition enthaltene Ethik – Dekalog, Selbpreisungen, Tugendlehre – erzieht zur Beachtung von Geboten und Verboten nicht nur im kirchlichen, sondern auch im staatlichen Bereich. Christlich geprägte Menschen werden insofern im demokratischen Rechtsstaat mit größerer Wahrscheinlichkeit pflichtbewusste und gesetzestreue Bürger sein. Sowohl illegale Protestformen als auch die Delikte der sogenannten Alltagskriminalität

(Steuerhinterziehung, Versicherungsbetrug, Schwarzfahren, Missbrauch von Sozialleistungen) werden mit wachsender Nähe zur Kirche entschiedener abgelehnt. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung konstatierte 2010 sogar einen „kriminogenen Einfluss der Konfessionslosigkeit“, der Bericht 109 des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, die religiöse Bindung sei – bei christlichen Jugendlichen – „durchweg ein das Risiko delinquenten bzw. abweichenden Verhaltens reduzierender Faktor“.

Handlungsmaximen wie „immer die Wahrheit sagen“, „bescheiden sein“, „höflich zu anderen sein“, „Dankbarkeit zeigen“, „auch mal verzichten können“, „anderen vergeben“ befürworten

*Der Gedanke der Bewährung vor Gott unterstützt Leistungsbereitschaft; Solidarität und Gemeinwohldenken werden von den Geboten der Nächstenliebe inspiriert.*

Gläubige ebenso überdurchschnittlich wie die Meinung, dass es klare Maßstäbe für Gut und Böse gebe, die immer und für jeden Menschen gelten. Der Rückhalt dieser stärkeren Normorientierung kirchlich gebundener Bürger liegt im Glauben an den transzendenten Ausgleich von Sittlichkeit und Glückseligkeit für die unsterbliche Seele.

Der Gedanke einer überweltlichen Rechtfertigungspflicht stellt die Versicherungsinstanz dafür dar, dass die Ethik in Geltung ist, dass sogar der Zu-

stand, selbst als einziger sittlich zu handeln und dabei – innerweltlich – hoffnungslos unterzugehen, immer noch jenem Zustand vorzuziehen wäre, in dem gar keiner sittlich handelte. Die letzte Konsequenz der Auflösung dieser religiösen Ethikverankerung hat Dostojewski drastisch zugespitzt: „Wenn es Gott nicht gibt, dann ist alles erlaubt.“

- Der Gedanke der Bewährung vor Gott unterstützt Leistungsbereitschaft; Solidarität und Gemeinwohldenken werden von den Geboten der Nächstenliebe inspiriert. Religiöse Menschen nennen die Unterstützung von Notleidenden häufiger „sehr wichtig“. Die anspruchsvolle Haltung: „Ich will nicht

fragen: Was tut der Staat für mich, sondern: Was tue ich für den Staat“ wird von ihnen signifikant häufiger geteilt, ebenso die Betrachtung des eigenen Lebens „als eine Aufgabe, für die ich da bin und für die der Einsatz aller Kräfte lohnt“, statt nur „das Leben zu genießen und sich nicht mehr abzumühen als nötig“. Für die moderne Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft wichtige Tugenden und Werte werden laut Allensbach von religiösen jungen Deutschen signifikant häufiger für „wichtig im Leben“ gehalten als von nichtreligiösen: „eine gute, vielseitige Bildung“ (72:55 %), „immer Neues Lernen“ (66:55 %) und „Kreativ sein“ (48:34 %). Gleichzeitig finden aber auch soziale Werte bei den religiösen jungen Leuten mehr Zuspruch: „soziale Gerechtigkeit“ (67:52 %), „Menschen helfen, die in Not geraten“ (72:44 %), „Verantwortung für andere übernehmen“ (47:28 %). Im Blick auf die demographische Herausforderung dürfte zu beachten sein, dass „Kinder haben“ für 67 Prozent der religiösen jungen Deutschen erstrebenswert ist, aber nur für 44 Prozent der nicht religiösen.

- Die christliche Idee der Weltüberwindung durch das Kreuzesopfer Jesu und der Geborgenheit im Letzten durch die Auferstehungshoffnung setzt Gelassenheit im Vorletzten frei, die zu unaufgeregtem Engagement und Widerstand gegen ideologische Heilsangebote und politischen Radikalismus befähigt. „Nie an den sozialistischen Staat geglaubt“ zu haben, erklärte nach dem Ende der DDR jeder zweite ostdeutsche Katholik, jeder dritte Protestant, doch nur jeder fünfte Konfessionslose. Keine im Bundestag vertretene Partei hat weniger christliche Anhänger als „Die Linke“. Auch rechtsradikale Parteien finden bei Kirchnahen regelmäßig weit unterdurchschnittlich Zustimmung: An ihnen scheiterte der Einzug der NPD in die Landtage Sachsen-Anhalts (2011) und Sachsens (2014).
- Die christliche Erbsündenlehre von der Fehlerhaftigkeit und Schwachheit der menschlichen Natur bewahrt vor überzogenen Ansprüchen an Politik und Politiker und leistet einen wichtigen Beitrag gegen die Politikverdrossenheit. Die Verdächtigung, dass es den Abgeordneten in erster Linie um ihre eigenen Interessen (Diäten, Ehrgeiz, Macht, Ansehen) und nicht um jene

*Glaube und kirchliche Praxis sind kein isolierter Lebensbereich, sondern durchwirken die persönliche Existenz in all ihren Dimensionen.*

der Bevölkerung gehe, findet sich unter Christen unterdurchschnittlich. 14 Prozent der religiösen jungen Deutschen zählen die „aktive Teilnahme am politischen Leben“ zu dem „was im Leben wichtig ist“, doppelt so viele wie von den Nichtreligiösen. Pauschale Negativurteile über „die“ Politiker unterstützen Gläubige seltener, Protestparteien fanden bei ihnen geringere Resonanz. Dies verwundert nicht. Denn wenn der Christ einerseits auf das ursprünglich und potentiell Gute im Menschen vertrauen darf und soll, dann aber enttäuscht wird, kann seine Reaktion dennoch maßvoll ausfallen, weil ihn das Böse nicht unerwartet, unerklärbar und ungetröstet trifft; und den Übeltäter kann er schon deshalb nicht allzu rigoros verurteilen, weil er die Erkenntnis, dass „alle zum Sünder und Böse“ (Luther) sind, stets auch auf sich selbst beziehen muss. Das lässt vorsichtiger urteilen, auch gegenüber Politikern, die ihre Fehlritte im Flutlicht der demokratischen Öffentlichkeit nur schwer verbergen können.

- Einem christlichen Patriotismus bleibt gegenüber dem leicht entflammaren Nationalismus gewahr: Es gibt wesentliche Bande zwischen den Menschen als die der Nation. Im Philipperbrief (3,20) heißt es: „Unsere Heimat aber ist im Himmel“, womit alle irdischen Bindungen und Behausungen relativiert sind. Die Kirchen haben die europäische Integration in Richtung Westen und Osten mit eigenen Initiativen gefördert. Christen müssen über das nationale Gemeinwohl hinaus auch ein europäisches Gemeinwohl und ein Weltgemeinwohl annehmen und anstreben, denn für sie ist der Nächste nicht der „Volksgenosse“, sondern der ihnen jeweils begegnende, von Gott anvertraute Mitmensch, zuvörderst der Notleidende diesseits und jenseits politischer Grenzen.
- Die christliche Frohe Botschaft, ihre die irdische Endlichkeit überschreitende Hoffnung, begründet eine zufriedeneren und optimistischere Lebenseinstellung. Tatsächlich werden Zukunftsvertrauen, Arbeitszufriedenheit, Freiheitsgefühl und Gesundheitszustand von kirchnahen Christen überdurchschnittlich positiv beschrieben. Offenbar bringt „eine am christlichen Menschenbild orientierte Erziehung weniger den larmoyanten Typ hervor, der lediglich über die Verhältnisse klagt, statt sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und auch die

eigenen Fehler und Versäumnisse eingestehen. Die im Kontext der kirchlichen Soziallehre vertretene Theorie einer subsidiären Gesellschaft, die zunächst die Aktivierung der eigenen Kräfte verlangt, bevor man nach dem Staat ruft, zeigt sich hier als besonders wirksam“ (Lothar Roos). Menschen mit einer intrinsischen Religiosität haben überdurchschnittliche „Psychohygiene-Werte“. Der Glaube an einen gütigen Gott erleichtert die Bewältigung von Stress, Kummer, Verlust und Lebenskrisen; „Die Gläubigen konsumieren weitaus weniger Drogen und Alkohol als die Nicht-Gläubigen, begehen weniger Selbstmorde, haben niedrigere Scheidungsraten und – vielleicht überraschend – sie haben besseren Sex“ (Psychologie heute 6/1997). Gottgläubige berichten positiver vom eigenen Familienleben und zählen „das Ende einer Liebe“ weniger als bloß „Transzendenzgläubige“, religiös „Unentschiedene“ oder Atheisten zu den prägenden eigenen Lebenserfahrungen. Da biographische Frustrationen via Fremdattribution leicht auf die staatsbürgerliche Haltung und Partizipationsformen durchschlagen, hat ein privat „heiles“ Leben neben offenkundigen Auswirkungen auf die Sozialsysteme auch politische Relevanz.

#### Fazit:

Glaube und kirchliche Praxis sind also kein isolierter Lebensbereich, sondern durchwirken die persönliche Existenz in all ihren Dimensionen. Sie beeinflussen Denken, Fühlen und Handeln, Sitten und Moral, Wertprioritäten, Konsum- und Wahlentscheidungen. Auch wenn sich Einstellungen nicht immer in Verhalten niederschlagen, kann man etwas vom „Salz der Erde“ im soziologischen Profil gläubiger Christen als einer „höchst bedeutsamen Minderheit“ für die Bildung sozialen Kapitals entdecken (Bertelsmann-„Religionsmonitor“ 2008 und 2013). Vieles spricht dafür, dass der Christdemokrat und zweite Bundestagspräsident Hermann Ehlers mit seiner Einschätzung richtig lag: „Der Staat lebt nicht nach den Weisungen der Kirche, aber von den Früchten ihrer geistlichen Existenz“.



*Dr. Andreas Püttmann*  
ist Politikwissenschaftler und lebt als freier Publizist in Bonn. Er ist Vorstandsmitglied der „Gesellschaft Katholischer Publizisten“.



# Schwangerschaftskonflikt und Mann

| Reinhard Klein

## 1. Allgemeines

Im Zeitraum von 1996 bis 2014 wurden in Deutschland nach der amtlichen Abtreibungsstatistik insgesamt 2.293.637 Schwangerschaftsabbrüche (jährlich im Schnitt ca. 121.000) durchgeführt. Dabei gibt es eine hohe Dunkelziffer. Wir gehen davon aus, dass sich die Zahl der Abbrüche demnach auf jährlich ca. 250.000 erhöht. Dies bedeutet: Jedes vierte Kind wird nicht geboren. Man hat sich an diese seit Jahren nahezu konstant bleibend hohe Zahl gewöhnt.

Auf jede Frau nach einem Schwangerschaftsabbruch kommen im Schnitt drei weitere, mittelbar betroffene Personen: Partner/Ehemann, Kinder, Eltern usw. Damit sind jedes Jahr etwa eine Million Menschen betroffen.

Die Folgen sind zum Teil verheerend. Nach unserer Erfahrung sind rund 80 %

aller Ehen und Partnerschaften anschließend zerstört und man hat sich getrennt. Wenn weitere Kinder vorhanden sind, ist dies noch katastrophaler. Zum einen ist da die Trennung der Eltern mit all ihren Konsequenzen, zum anderen kann die Frau oft nicht mehr ihren Kindern gerecht werden.

Es gibt Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch verkraften. Doch wie vielen geht es nicht so? Eine Frau kann frei entscheiden, ob sie die Schwangerschaft fortsetzen will oder nicht. Theoretisch ja! Doch wie sieht die Praxis aus? Die wenigen Stimmen, die darauf hinweisen, dass bei einem Schwangerschaftsabbruch ein Kind stirbt und dass dies gravierende psychische Folgen für die Eltern haben kann, werden oft als

vorgestrig oder als störend empfunden. Unsere Gesellschaft scheint tabufrei zu sein. Jede noch so kleine Regung wird ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Doch über das Leiden und die Trauer nach einem Schwangerschaftsabbruch wird selten gesprochen oder darüber darf nicht gesprochen werden. Es wird fast komplett ausgeblendet.

Die Option zum Schwangerschaftsabbruch ist ein politisch gewollter Kompromiss und gilt als begrüßenswerte feministische Errungenschaft.

*Über das Leiden und die Trauer nach einem Schwangerschaftsabbruch wird selten gesprochen oder darüber darf nicht gesprochen werden. Es wird fast komplett ausgeblendet.*

Die unerwünschten Risiken des Schwangerschaftsabbruchs werden heruntergespielt, bagatellisiert oder erst gar nicht thematisiert.

Wir gehen davon aus, dass es in Deutschland Millionen von Frauen gibt, die unter den Folgen leiden und falsch behandelt

werden, weil die Ärzte die eigentliche Ursache – den Schwangerschaftsabbruch – nicht ermitteln oder damit wenig anfangen können.

## 2. Schwangerschaftskonflikt

Folgende Mails (Ausschnitte) erreichten uns: „Ich bin in der neunten Woche schwanger. Wahrscheinlich bringe ich es nicht übers Herz, das Kind abzutreiben, kann mir aber auch nicht vorstellen es zu bekommen. Seit mein Freund von der Schwangerschaft weiß, zieht er sich zurück. Er überlässt die Entscheidung mir – aber eher hin zu einer Abtreibung. Er käme erst dann wieder zurück, wenn ich nicht mehr schwanger sei. Ich komme damit gar nicht klar und weiß nicht mehr weiter...“

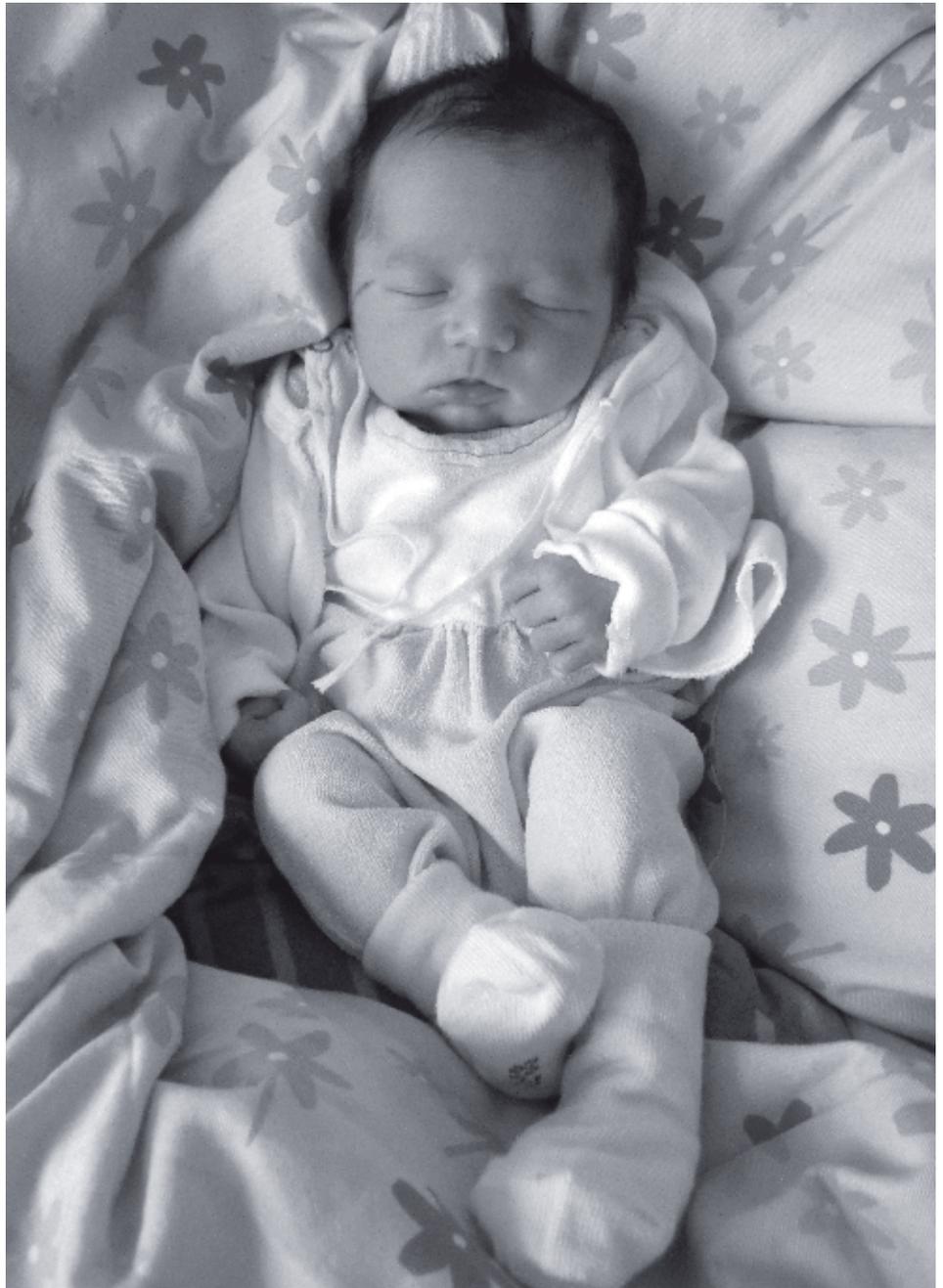
„Wir wollten gemeinsam Kinder und sind seit sieben Jahr beieinander. Wir haben beide einen guten Beruf, uns geht es gut. Als ich jetzt schwanger geworden bin, war mein Partner wie umgedreht. Ein Kind sei jetzt nicht dran. Er wolle es nicht. Dabei hatten wir immer wieder über Kinder gesprochen. Ich bin total durcheinander und weiß nicht mehr weiter. Ich liebe ihn doch. Warum tut er mir dies an? Ich möchte das Kind, möchte ich ihn aber auch nicht verlieren. Bin total verzweifelt, was soll ich tun?“

„Wie kann er mir das nur antun? Erst sagt er mir dauernd, dass er mich liebt. Aber als ich jetzt ungeplant schwanger geworden bin, ist er fast nicht mehr daheim, trifft sich dauernd mit seinen Freunden und seiner Ex. Wenn ich ihn wirklich liebe, solle ich es wegmachen lassen. Er lässt nicht mit sich reden. Ich bin am Ende, was soll ich machen? Helfen Sie mir!“

Bei einer anderen Klientin im Schwangerschaftskonflikt trennte sich der Partner per SMS mit der Zusatzinformation, dass er 400 Euro für den Schwangerschaftsabbruch auf ihr Konto überwiesen habe.

„Seit mehr als fünf Jahren sind wir glücklich miteinander verheiratet und leben in einer gesicherten Existenz. Doch jetzt bricht für mich eine Welt zusammen. Ich bin schwanger geworden und mein Mann sagt, das geht gar nicht. Er will das Kind nicht. Lass es wegmachen! Nächste Woche haben wir diskutiert. Wir haben doch alles. Ein Kind wäre jetzt wunderbar. Doch er redet inzwischen mit mir nur das Nötigste. Ich weiß nicht mehr weiter. Warum reagiert er so? Immer später kommt er von der Arbeit heim und geht dann gleich ins Bett. Wieso tut er mir das an? Ich sehe keinen Ausweg. Was soll ich nur machen?“

„Wir sind seit zehn Jahren verheiratet und haben zwei wundervolle Kinder. Ich habe mir immer noch ein drittes gewünscht. Jetzt bin ich schwanger



und kann mich darüber nicht mehr freuen. Mein Mann sagt, zwei Kinder sind genug. Sie seien schon anstrengend genug. Ein drittes komme gar nicht in Frage. Dabei haben wir viel Platz in unserem Haus. Es spricht nichts gegen ein weiteres Kind. Ob ich die Ehe aufs Spiel setzen will wird er mit vor. Warum versteht er mich nicht? Im Gegenteil, er baut immer mehr Druck auf. Ich bin einfach nur noch traurig und ziehe mich immer mehr zurück, ich kann einfach nicht mehr. Treibe ich ihm zu Liebe ab, verliere ich mein Kind und ich weiß, damit werde ich nicht fertig. Das bringt mich um. Behalte ich das Kind, verliere ich ihn. Und dann? Dann bin ich allein und unsere Kinder haben keinen Vater mehr. Die Verzweifelte“

„Ich bin 17, in der 10. Woche schwanger und werde vor die schwerste Entscheidung meines Lebens gestellt. Ich muss über Leben und Tod entscheiden. Soll ich

abtreiben oder nicht? Meine Familie ist mir da keine große Hilfe, mein Freund (der Vater des Kindes) erst recht nicht. Als ich sagte, ich würde es gern behalten, war ich bei allen das Letzte. Alle redeten auf mich ein: Da gibt es nur einen Weg – abtreiben – alles andere ist verantwortungslos. Ich trage das Baby doch schon ein paar Wochen in mir. Ich liebe mein Kind. Könnt Ihr das verstehen? Bitte helft mir!“

Nach jahrelanger Erfahrung in der Beratung von Frauen und Paaren im Schwangerschaftskonflikt fragen wir uns, wie frei eine Frau in der Situation der unerwarteten Schwangerschaft tatsächlich ist. Desweiteren stellt sich die Frage, welche Rolle der Mann, der Vater ihres Kindes, dabei spielt. In ca. 90 % der Fälle spielt der Mann die entscheidende Rolle. Entweder er verhält sich passiv oder setzt die Frau unter Druck bzw. zwingt sie zum Abbruch. Würden die Männer zu

ihren Frauen stehen und ihre Verantwortung wahrnehmen, würden sich die meisten Frauen für ihre Kinder entscheiden.

Selbstverständlich ist es gut und sinnvoll, dass Paaren heute ein breites Spektrum an empfängnisregelnden Mitteln zur Verfügung steht. Es ist wichtig, dass ein Paar gemeinsam überlegt, ob, wann und wie viele Kinder es haben möchte und dann einvernehmlich entscheidet. Doch ein Kind lässt sich nur bedingt planen. In einer sexuellen Beziehung kann eben – auch mit sorgfältig angewandter Verhütung – ein Kind entstehen. Es gibt keine absolut sichere Verhütung.

Die meisten Männer haben sich daran gewöhnt, die Verhütung an die Frau zu delegieren. Es scheint so einfach zu sein. Sie denken, dass bei hormoneller Verhütung schon nichts passieren wird. Und falls doch, dann gibt es die „Pille danach“, die inzwischen Mädchen ab 14 Jahren rezeptfrei in der Apotheke bekommen können. Die „Pille danach“ verschiebt den Eisprung. Das ist ihr Hauptwirkmechanismus. Wenn es dafür zu spät sein sollte, kann man immer noch abtreiben lassen – ab 16 Jahren u. U. auch ohne die Einwilligungserklärung der Eltern. Man muss sich beeilen, so wird oft geraten, denn bis zur 7. Schwangerschaftswoche kann man noch die „Abtreibungspille“ nehmen und damit den unerwünschten Zustand der Schwangerschaft beenden. Niemand bekommt etwas mit und das Leben kann so weitergeführt werden, als sei nichts geschehen. Scheinbar! Die Schwangerschaft – oder anders gesagt: Das Kind als leicht zu beseitigender Störfaktor im Lebenskonzept! „Es ist doch legal“, so sagen uns viele Betroffene – sogar Christen.

Doch wie oft hören wir von unseren Klientinnen auch das: Der Mann habe sie zum Schwangerschaftsabbruch gedrängt oder sogar gezwungen. Das ist zwar verboten und steht unter Strafe, doch wer zeigt schon in einer solchen stressbelasteten Situation den eigenen Partner und Vater des Kindes an? Wir kennen niemanden. Einer unserer Klientinnen, die sich im Zuge der Beratung für ihr Kind entschieden hat, wurde vom Vater des Kindes, nachdem aller Druck von ihm und seiner Familie nichts nützte, eine hohe Summe Geld angeboten, damit sie das gemeinsame Kind abtreiben lässt. Der Mann bot ihr schließlich 10.000 Euro an. Gott sei Dank war sie nicht käuflich. Immer wieder gibt es auch SMS-Nachrichten wie diese: „Du kannst dich entscheiden: Das Kind oder ich!“ Viele Frauen empfinden dies zu Recht als Erpressung. Doch was soll eine Frau tun, wie sich verhalten? Welche Frau hat in einer solchen Situation die innere Stärke, klar zu sich und dem Kind zu stehen? Wer steht ihr

bei? Viele Frauen befinden sich in einer zunächst ausweglos erscheinenden Situation. Betroffene, die in ihrer Not an eine Abtreibung denken, stecken wirklich in hochkomplexen Problemlagen. Aber auch ihr Lebensentwurf kann auf dem Spiel stehen. Die meisten Frauen fühlen sich vom Vater ihres Kindes alleine gelassen.

Männer, die Wert auf eine partnerschaftliche gleichberechtigte Beziehung legen, möchten ihre Freundinnen oder Frauen nicht bevormunden oder über den Tisch ziehen. Sie wollen ihnen nicht reinreden und sie selbst entscheiden lassen. Was grundsätzlich ein guter Ansatz ist: Jeder soll selbst und frei entscheiden können – auch in der Ehe oder Partnerschaft – erweist sich jedoch in der Situation des Schwangerschaftskonfliktes oft als folgenschwerer Irrtum.

Wie frei ist eine Frau in dieser Situation wirklich? Wie kann sie es schaffen, ihr in vielen Fällen eigentliches „Ja“ zu einem vielleicht jetzt unerwarteten Kind zuzulassen, wenn ihr Partner sagt: „Wie auch immer du dich entscheidest – ich stehe hinter dir.“ Oder: „Egal wie du dich entscheidest...“ Immer wieder hören wir Beratende, dass Frauen sich dadurch alleine gelassen fühlen, weil sie vorrangig das „Wie auch immer“ oder das „Egal“ wahrnehmen.

Ein „Wie auch immer“... klingt vordergründig so partnerschaftlich. Gerade in dieser Situation wäre es für die Frau aber entscheidend wichtig, einen Partner zu haben, der sich klar und eindeutig positioniert, der Partei ergreift und sich verlässlich auf die Seite von Frau und Kind stellt. Einen Mann, der Verantwortung übernimmt für die Frau und für das gemeinsame Kind, zu dessen Entstehung auch er beigetragen hat. Sexualität, Fruchtbarkeit und Planbarkeit müssen wieder zusammengedacht werden! Ihre Entkoppelung endet viel zu oft für das Kind tödlich und für die Frau in tiefer Trauer und seelischem Schmerz. Sie verändert auch die Ehe oder Partnerschaft. Jemand, der weiß, dass das Kind ein einzigartiger kleiner Mensch ist, den man nicht folgenlos töten lassen kann, wird unter diesen Folgen zu leiden haben.

Andere Gründe für einen Schwangerschaftskonflikt sind:

„Mein Freund hat sich von mir getrennt und ich habe erfahren, dass ich schwanger bin...“

„Meine Freundin will abtreiben, doch ich will das nicht – es ist doch unser erstes Kind...“

„Meine Eltern dürfen nicht erfahren, dass ich schwanger bin. Können Sie mir helfen?“

„Meine Arbeitgeberin drängt mich zur Abtreibung, obwohl sie selbst doch auch schwanger ist...“

„Die Frauenärztin hat gesagt, dass das Baby vielleicht behindert ist...“

„Wir bekommen Zwillinge und wissen nicht, wie wir es finanziell schaffen können...“

„Wir sind noch viel zu jung um ein Kind zu kriegen. Doch was ist, wenn wir abtreiben und meine Freundin nie mehr schwanger werden kann?“

Anrufe und Mails wie die beschriebenen erreichen uns regelmäßig in der Beratungsstelle „Aus-WEG?!“.

Die persönlichen Lebenslagen sind sehr unterschiedlich und fast immer hochkomplex. Gegen das Kind spricht oft viel: Zuallererst der Partner, eine unsichere berufliche Zukunft, Berufstätigkeit, finanzielle Probleme, Druck durch Eltern, Freunde und Arbeitgeber. Wenn Sie die einzelnen Fälle gelesen haben, können Sie vielleicht erahnen, wie existentiell der Konflikt für eine Frau oft ist.

### 3. Beratungsstelle „Aus-WEG?!“

„Aus-WEG?!“ heißt die Beratungsstelle mit Sitz in Pforzheim. War das Einzugsgebiet zunächst der Nordschwarzwald, sind wir heute im gesamten deutschsprachigen Raum tätig. Wir haben Fälle in ganz Deutschland, der Schweiz und Österreich. Das Konzept von „Aus-WEG?!“ ist einzigartig und innovativ. Die staatliche Anerkennung wurde ganz bewusst nicht beantragt, weil wir keinen Beratungsschein ausstellen wollen, der für einen Schwangerschaftsabbruch notwendig ist. Obwohl alle Frauen sich freiwillig bei uns melden, befinden sich rund 90 % von ihnen in einem echten Schwangerschaftskonflikt und denken an

Abtreibung. Keine der § 218-Beratungsstellen erreicht diese Werte. Kamen die Klientinnen zunächst, vorwiegend von den Gynäkologen an uns verwiesen, aus der

Region, erreichen uns jetzt ca. 90 % aller Fälle über das Internet. Von ihnen hat sich eine ganze Reihe bereits den Beratungsschein ausstellen lassen und hat auch schon den Abbruchtermin vereinbart. Oft bleiben uns nur ein paar Tage oder sogar nur Stunden Zeit, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Die Klientinnen stammen aus allen Altersgruppen und den verschiedenen sozialen Schichten mit den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, bilden also die ganze Bandbreite unserer Gesellschaft ab.

Die Einstellung der Beratenden ist von wesentlicher Bedeutung. Uns ist es wichtig nicht neutral zu beraten, sondern eine Haltung der „professionellen Parteilichkeit“ zu zeigen. Auch die Sprache ist wichtig. Sie ist klar und wertschätzend, Fakten werden nicht umschrieben. Wir sind für das Leben: Für einen möglichst guten Start des gemeinsamen Lebens von Mutter und Kind.

Die Thematik ist sehr sensibel zu behandeln und es ist geboten, behutsam damit umzugehen. Entscheidend ist zunächst sich Zeit zu nehmen, um genau hinzuhören und zu erspüren, wie es der Frau geht, was sie bewegt und umtreibt. Die Beratenden müssen aufmerksam zuhören, um zu erfassen, was der ureigste Wunsch der Frau selbst ist. Nur dann können wir mit ihr auch über alles nachdenken. Es gilt, den Betroffenen aufgeschlossen und zugewandt zu begegnen. Entscheidend ist, die Frauen zu ermutigen, ein Ja zu ihrem Kind zu finden. Dafür reicht aber Beratung allein nicht aus. Deshalb ist eine Prämisse unserer Arbeit: Nicht das Kind muss beseitigt werden, sondern die Probleme, die gegen das Kind sprechen. So ermutigen wir die Frau nicht nur, sondern es gehört für uns genauso dazu, an der Beseitigung der Probleme mitzuwirken. Und die sehen in jedem Fall anders aus. Bei manchen reichen Gespräche oder eine Babyausstattung, bei anderen wieder eine Kinderbetreuung, Mithilfe im Haushalt – eine Frau sprach von Großelternersatz –, Verhandlungen mit Behörden, Arbeitgebern und Vermietern oder Anschaffung eines größeren Fahrzeugs usw. Alle solche notwendigen Hilfen haben wir bisher überall in Deutschland sicherstellen können. Wir suchten dann jeweils vor Ort, z.B. in Berlin oder München, die geeigneten Mitarbeitenden, die in der Lage waren, die notwendigen Hilfen zu leisten. In einem Fall war die Familie z.B. total überschuldet. Dank eines ehrenamtlichen Mitarbeiters, der Schuldnerberater ist, konnten die finanziellen Probleme angegangen werden und die Frau entschied sich daraufhin für ihr Kind.

Fast immer wird die Entscheidung in einem Schwangerschaftskonflikt unter großem Zeitdruck getroffen. Wie viele Betroffene, die sich nach einem Schwangerschaftsabbruch in ihrer Trauer, ihrem seelischen Schmerz oder mit Traumasymptomen an die Beratungsstelle „Aus-WEG?!“ wenden, betonen, dass die Entscheidung übereilt getroffen wurde. Sie hatten weder die Zeit noch den Raum, alles in Ruhe zu überdenken, das Für und Wider sorgfältig abzuwägen.

#### 4. Therapeutisches Angebot für Frauen nach Schwangerschaftsabbruch

Trotz der Beratung zum Leben und weiteren Hilfsangeboten entscheiden sich manche Frauen für einen Schwangerschaftsabbruch. Schon im Beratungsgespräch wird ihnen signalisiert, dass sie sich in jedem Fall wieder an „Aus-WEG?!“ wenden können. Immer ist es wichtig die Frau zu fragen, wie sie denn wohl den Schwangerschaftsabbruch verkraften könne, wer sie in ihrer Trauer trösten soll. Alle informieren wir über die möglichen körperlichen und psychischen Folgen eines Abbruchs. Unmittelbar nach dem Eingriff sind viele zunächst einmal erleichtert. Dem entsprechend niedrig sind die beobachteten Symptome auch in Befragungen, die in kurzem zeitlichem Abstand zur Abtreibung vorgenommen wurden. Qualitativ empirische Langzeitstudien kommen zu anderen Ergebnissen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass es viel zu wenig wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema gibt. 1987 führte die Amerikanische Psychiatrische Gesellschaft (APA) in ihrem DSM-III-R Abtreibung als psychosozialen Stressfaktor ein.

Das heißt, Abtreibung kann posttraumatische Stressreaktionen auslösen. Erstaunlicherweise fehlen im DSM-IV von 1994 alle Bezugnahmen auf Abtreibung, Fehlgeburten... Was war der Grund? Mit Sicherheit nicht der, dass es aktuellere medizinische Studien gäbe, denn in diesem Zeitraum wurde zu dieser Thematik kaum aufschlussreiche Forschung betrieben. Was auch immer der Grund sein mag, die Folgen liegen auf der Hand: Die Leiden infolge einer Abtreibung wurden erfolgreich aus dem professionellen Bewusstsein gelöscht.

Dennoch decken sich die Beobachtungen, die Ärzte, Therapeuten, Berater und Seelsorger bei betroffenen Frauen machen. Die psychischen Folgen für die Mutter ähneln denen einer Posttraumatischen Belastungsstörung entsprechend der Kategorie F.43: „Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen.“ des ICD 10.

So unterschiedlich die Lebenssituationen und -geschichten auch sind, nach einem Schwangerschaftsabbruch begegnen uns immer wieder dieselben Symptome. Das Störungsbild ist geprägt durch:

- Unendliche Traurigkeit darüber, sich so entschieden haben.
- Tiefe Trauer über den Tod des Kindes.
- Sich aufdrängende, belastende Gedanken und Erinnerungen (Flashbacks) an das Trauma (Intrusion) oder Erinnerungslücken (Bilder, partielle Amnesie).
- Träume bzw. Alpträume mit ähnlichen

Inhalten: Ein Kind stirbt und man kann es nicht retten; man ist wie gelähmt usw.

- Übererregungssymptome (Schlafstörungen, Schreckhaftigkeit, vermehrte Reizbarkeit, Affektintoleranz, Konzentrationsstörungen)
- Vermeidungsverhalten (Vermeidung traumaassoziierter Stimuli)
- Emotionale Taubheit (allgemeiner Rückzug, Interesseverlust, innere Teilnahmslosigkeit)
- Depressionen bis hin zum Suizid.
- Eine riesige Distanz zum Partner/Ehemann. In der Regel zerbricht die Beziehung nach einem Schwangerschaftsabbruch.

Die Symptomatik kann unmittelbar oder auch mit zeitlicher Verzögerung nach dem traumatischen Geschehen auftreten.

So erzählte uns eine Unternehmerin ihre Geschichte. Sie hatte einen Schwangerschaftsabbruch, heiratete danach einen anderen Mann und bekam drei weitere Kinder. Jetzt nach 13 Jahren war sie nicht mehr in der Lage, ihren Betrieb zu führen. Sie war am Boden zerstört. Von ihren Kindern berichtete sie: „Immer wenn ich eines meiner Kinder anschau, sehe ich mein totes Kind. Ich kann keines der Kinder mehr ansehen.“ Die Kinder hatten zwar noch eine Person, die sie versorgte, aber keine Mutter mehr, von der sie Liebe und Empathie erfuhren.

Eine weitere Klientin, die Ehefrau eines Unternehmers, musste wegen Suizidgefahr aufgrund eines ebenfalls 13 Jahre zurückliegenden Schwangerschaftsabbruchs auf eine geschlossene Station einer Psychiatrischen Klinik eingewiesen werden. Anstatt das Trauma nach Abtreibung zu therapieren, wurde sie mit Psychopharmaka behandelt und ruhiggestellt. Nachdem sie sich auf eigenes Risiko hatte entlassen lassen, brachte sie ihr Mann zu uns in die Therapie. Sie war nur noch ein Schatten ihrer selbst, konnte uns kaum ansehen und war unfähig mit uns zu reden. Sie hatte sich daheim total abgekapselt und sich aus allen Freundschaften zurückgezogen. Nach einer intensiven Therapie fand sie wieder in ihr ursprüngliches Leben und in ihre Familie zurück.

Der Anlass, sich an die Beratungsstelle zu wenden, ist oft ein akutes Aufbrechen von Symptomen, die die Frau selbst mit dem Abbruch in Zusammenhang bringt. Sie weiß nicht, wie sie damit umgehen soll und merkt, dass sie professionelle Hilfe braucht. Manche Frauen kommen aufgrund von psychosomatischen Beschwerden: „Wenn ich meine schwangere Nachbarin sehe, kriege ich eine Panikattacke. Ich bekomme Schweißausbrüche und Atemnot.“ Andere spüren, dass es ihnen schleichend immer schlechter

geht. Manche kommen auf Anregung ihres Partners oder der Familie. Der Partner sagt z.B.: „Du hast dich so verändert.“ „Ich kenne dich nicht mehr wieder.“ usw. Eine Tochter fragte ihre Mutter: „Bist du schwer krank und traust dich nicht, es uns zu sagen? Musst du sterben?“ Ein Sohn sagte: „Mama, was ist los, du bist nicht mehr dieselbe. Wieso interessierst du dich nicht mehr für uns?“

„Ich hatte vor zwei Tagen die Abtreibung und es ist die schlimmste Zeit meines Lebens... Die Reaktion meines Ex: „Melde dich, wenn es weg ist.“ Mein Verstand sagt, es war die beste Entscheidung, doch mein Herz weint. Diese Sache hat mich auf brutale Weise verändert. Ich habe ein Leben getötet und diese Schuld werde ich mir nie verzeihen können. Ich habe das Gefühl zu sterben. Vergangene Nacht bin ich zusammengebrochen. Ich dachte, das war's. Ich sterbe jetzt an meinem gebrochenen Herzen. Was habe ich bloß getan? Wie konnte ich das zulassen? Warum war ich nicht stärker? Ich hasse mich...“

„Ich wurde ungewollt schwanger und beging den größten Fehler meines Lebens. Ich bereue meine Tat zutiefst, ich hätte gern mein Kind zurück. Ich komme nicht zur Ruhe und kann nicht mehr. Weshalb hat mich niemand gewarnt?“

„Ich habe mein Kind umgebracht und kann nicht mehr leben. Und: Mein Freund ist auf und davon. Jetzt habe ich alles verloren, den Freund und mein Kind, auf das ich mich so gefreut habe.“

„Wir suchten eine Beratungsstelle auf. Als wir bei pro familia das Zimmer betraten, bereitete die Frau schon den Beratungsschein vor. Heftig, obwohl wir noch gar nicht miteinander

gesprachen hatten. Warum wurden wir nicht aufgeklärt?“

Viele haben bereits mehrere Versuche unternommen, effektive Hilfe zu bekommen. Immer wieder erzählen Klientinnen, dass sie verschiedene Therapeuten aufgesucht oder sogar sich deshalb in klinischer Behandlung befunden haben. Doch keine Hilfe griff. Auffällig ist, dass viele Klientinnen sagen, dass sie sich nicht an die Beratungsstelle gewendet haben, die sie im

*„Ich wurde ungewollt schwanger und beging den größten Fehler meines Lebens. Ich bereue meine Tat zutiefst, ich hätte gern mein Kind zurück.“*

Schwangerschaftskonflikt beraten hat. Bemerkenswert ist auch, dass viele nach einem Abbruch, ohne Gründe zu nennen, die Gynäkologin wechseln. Dabei wäre die Rückmeldung, dass es nach der Abtreibung schwere Probleme gibt, doch so wichtig für die Beratenden und die Gynäkologen!

Die Tatsache, dass diese Frauen nicht aufgegeben haben, zeigt, wie stark ihr Leidensdruck und wie groß ihr Wunsch nach Bearbeitung ihres hoch belastenden Themas ist.

Ein Ehepaar meldet sich. Sie haben zwei fast erwachsene Kinder. Als Frau G. trotz Verhütung schwanger wird, entschließen sie sich aufgrund der sehr unsicheren beruflichen Situation von beiden und wegen ihres Alters zu einer Abtreibung. Die Beraterin sagt, dass man das gut verkraftet, wenn man sich sicher ist, dass man das Kind nicht will. Und: „Machen Sie möglichst bald den Termin, dann haben Sie es hinter sich.“ Einige Monate nach der Abtreibung sind Frau G. und ihr Mann verzweifelt. Sie wenden sich an uns und berichten, dass sie den größten Fehler ihres Lebens begangen haben. Beide müssen immer wieder an das Kind denken. Herr G. stürzt sich in Arbeit und kann es nicht ertragen, kleine Kinder oder

Kinderwagen zu sehen. Sie fragt immer wieder: „Warum haben wir das nur getan?“ Und: „Wieso hat man es uns nur so furchtbar leicht gemacht?“

In der Beratungsstelle „Aus-WEG?!“ wird vorrangig nach dem systemischen Ansatz und mit Elementen aus der Trauerberatung und Traumatherapie gearbeitet. Obwohl von uns z.B. der Begriff Schuld nicht thematisiert wird, sprechen ihn fast alle Frauen von selbst an, egal welchen kulturellen und religiösen Hintergrund sie haben: „Diese Schuld wird mich mein ganzes Leben begleiten.“ oder „Die Schuld werde ich nicht los.“ Hier können wir von der befreienden Kraft des Sühnetodes Jesu und seiner Auferstehung sprechen: „Es gibt die Möglichkeit, dass diese Schuld vergeben werden kann.“

Zum Konzept von „Aus-WEG?!“ gehören auch die Bereiche Anonyme Geburt, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit (Wir gestalten Gottesdienste, halten Vorträge und Workshops, schreiben Artikel für Zeitungen usw.).

Wir müssen uns ausschließlich über Spenden finanzieren. Wenn Sie uns unterstützen oder mehr über uns und unsere Arbeit wissen wollen, melden Sie sich bitte bei uns.



Beratungsstelle Aus-WEG?!  
[www.ausweg-pforzheim.de](http://www.ausweg-pforzheim.de)  
E-Mail:  
[info@ausweg-pforzheim.de](mailto:info@ausweg-pforzheim.de)



**Reinhard Klein**  
ist Vorsitzender und Berater von „Aus-WEG?!“, einer Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle in Pforzheim.

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

### Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,  
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,  
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

### Redaktion

Dr. Johanna Schulze, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: [eak@cdu.de](mailto:eak@cdu.de), [www.eakcdusu.de](http://www.eakcdusu.de)

### Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

### Autoren

Dr. Andreas Püttmann  
Reinhard Klein

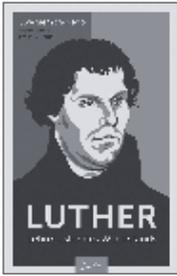
### Druck

Druckerei Conrad

### Fotonachweis

Titelbild: © Archiv Püttmann  
S. 3: istockphoto © iShores  
S. 4: istockphoto © joshuaraineyphotography  
S. 6/7: istockphoto © Patricia Hofmeester  
S. 9: istockphoto © Kjekol  
S. 10: Archiv Klein

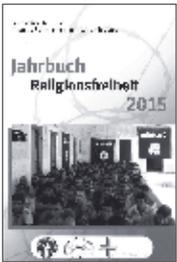
Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100% chlorfrei



Uwe Siemon-Netto,  
**Luther**  
**Lehrmeister des Widerstands**  
Fontis Verlag, Basel 2016  
ISBN 978-3-03848-092-1  
Paperback, 234 Seiten, 15,99 EUR

Der bekennende Lutheraner und Journalist Uwe Siemon-Netto legt hier – pünktlich vor dem Reformationsjubiläum 2017 – eine längst überfällige deutsche Fassung und aktualisierte Neuauflage seines hervorragend geschriebenen und auf seiner Bostoner Promotion von 1992 basierenden Buches „The Fabricated Luther – Refuting Nazi Connections and Other Modern Myths“ vor. Entgegen einer völlig verzerrenden, rein klischeebehafteten, aber dafür umso hartnäckigeren und wirkmächtigeren Auslegungstradition, die Luther gewissermaßen zu einem bloß voraufgeklärten, anti-modernen, intoleranten sowie letztlich freiheitsfeindlich-obrigkeitshörigen „Fürstenknecht“ stilisiert und gleichsam ohne Sinn und Verstand in eine direkte Genealogie mit dem preußischen „Kadavergehorsam“, Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Rassismus stellt (vgl. William L. Shirer, Peter F. Wiener, e.a.), zeigt Siemon-Netto an historischen und aktuellen Beispielen, dass wirkungsgeschichtlich gesehen das genaue Gegenteil zutrifft: An den Beispielen der protestantischen Widerständler gegen den Nazi-Terror (Dietrich Bonhoeffer, Carl Friedrich Goerdeler, Helmuth James Graf von Moltke) und der Friedlichen Revolution von 1989 wird deutlich: „In Wahrheit war Luther der Lehrmeister der Résistance gegen jegliche Tyrannei“. Unbedingt lesenwert!

Empfehlung ★★★★★



Schirmacher, Kubsch; Klingberg (Hrsg.)  
**Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2015**  
Jahrbuch Religionsfreiheit 2015  
Verlag für Kultur und Wissenschaft,  
Hamburg 2015  
ISBN 978-3-86269-111-1  
Paperback, 582 Seiten, 10,00 EUR



Das Doppel-Jahrbuch „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ und „Religionsfreiheit“, diesmal in neuem Layout-Gewande, gehört gewissermaßen zur Pflichtlektüre zu diesem Themenbereich. Thomas Schirmacher und Max Klingberg von „Open Doors“, ausgewiesene und engagierte Kenner der Materie sowie Mitherausgeber, haben seit nunmehr vielen Jahren das große Verdienst, in differenzierter und umfassender Weise eine Sensibilität für die brennenden Probleme und Notlagen in puncto Religionsfreiheit zu schaffen. Neben grundsätzlichen Beiträgen finden sich z.B. aktuelle und sehr instruktive Länderberichte, Beiträge zum Gedenken an den Genozid an den Armeniern, Assyren und Pontos-Griechen, zum Religionswechsel, zur Einordnung des „Muezzin-Rufes“ und zur Blasphemiegesetzgebung in Pakistan.

Empfehlung ★★★★★



Johann Ulrich Schlegel,  
**Der Terror und die Freiheit**  
**Reaktion, Philosophie und die Religion**  
Nomos, Baden-Baden 2016  
ISBN 978-3-8487-2527-4  
Paperback, 182 Seiten, 29,00 EUR

Dieses Buch ist fast schon eine kleine Zumutung: Es ist nicht nur die verschraubte und pseudo-intellektuell aufgeblasene Sprache des Autors, die schon formal zu bisweilen nahezu unverständlichen Satzkonstruktionen führt, sondern auch die Gedanken und Inhalte selbst, die hier zutiefst befremden. Wenn es etwa heißt: „Religion ist stets auch eine Dogmatik und eine Ideologie. Denkfreiheit und Kreativität sind eingeschränkt“ (S. 16), „In der Demokratie erhält (...) der Stärkere (...) die Herrschaft, und der gewöhnliche, sich an profaner Wahrheit orientierende Realist hat zumeist die schlechteren Karten. Das ist mit ein Grund, warum auch der notorische Lügner in der Politik immer wieder gute Chancen hat“ (S. 50), „(...) genau in Russland (...) erblüht das Christentum tausendmal echter als bei uns“ (S. 104) oder „Immer mehr sind die Menschenrechte genau das, was einem entgöttlichten Mainstream gefällt“ (S. 107), dann ist das am Ende einfach nur abgeschmackter Unsinn und man ist auf das Ende nicht gespannt. Das braucht man auch nicht, denn es gibt noch nicht einmal ein irgendwie geartetes Resümee, das die auf über 180 Seiten ziemlich wild zusammengetragenen und nach Gutdünken kommentierten Versatzstücke aus der Philosophie-, Religions- und Geistesgeschichte der Menschheit irgendwie noch sinnvoll und nachvollziehbar zusammenfassen könnte. Wenigstens ein besseres Lektorat hätte man sich gewünscht, so aber liest man nun in dieser einigermaßen wirren Schrift: „Vae Vicis!“ (S. 79) – und streckt daraufhin (auch als Altlateiner) nur noch völlig frustriert die Waffen!

Empfehlung

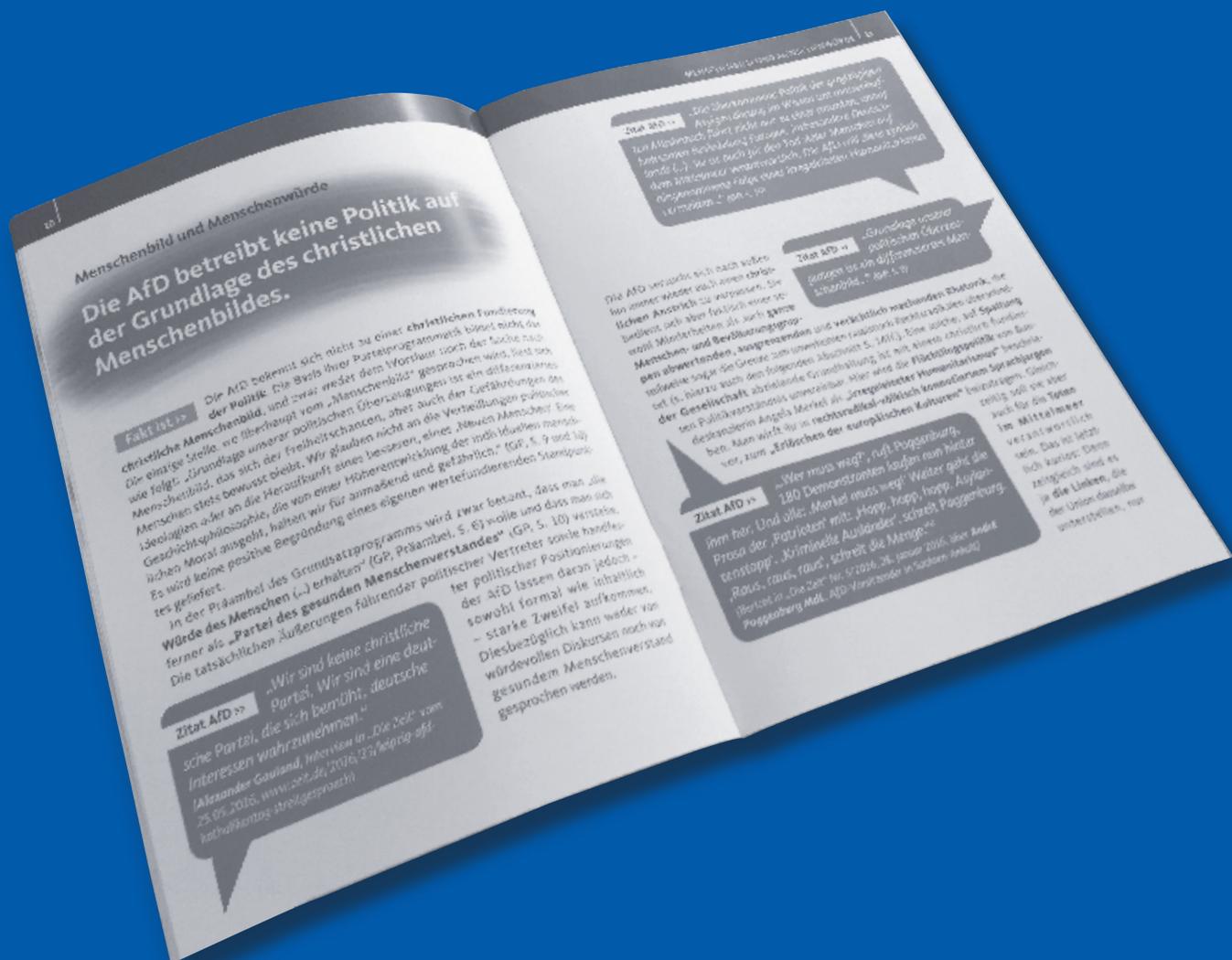


Christoph Morgner (Hrsg.),  
**Tinte, Thesen, Temperamente**  
**Ein Lesebuch auf den Spuren von Martin Luther**  
Brunnen, Gießen 2016  
ISBN 978-3-7655-2064-8  
Paperback, 140 Seiten, 13,00 EUR

Dieses kompakte und gleichzeitig preiswerte Lesebuch zielt nicht darauf ab, „das Leben und Wirken Martin Luthers bis in alle Winkel hinein minutiös zu beschreiben. Vielmehr konzentriert es sich auf wesentliche Aspekte.“ Auf unterhaltsame Weise wird in Leben und Wirken des großen Reformators eingeführt und werden zugleich neue, konkrete und kurzweilige Zugänge zu ihm eröffnet. Interessante Themen sind u.a. „Marksteine evangelischer Verkündigung“, Luthers Umgang mit der Bibel und der deutschen Sprache, seine Lieder und sein Verhältnis zu Juden, Katholiken und zur Politik. Sehr empfehlenswert, auch für Luther-Einsteiger!

Empfehlung ★★★★★

# Faktencheck des EKA zum Thema: „Wohin führen die Alternativen der AfD?“



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) hat einen **Faktencheck** zum Thema: „**Wohin führen die Alternativen der AfD?**“ herausgegeben, der nüchtern, klar und sachlich über Programmatik und Strategien der AfD informieren will. Es wird darin deutlich: Die AfD macht kein Angebot für eine verantwortliche und vernünftige bürgerliche Politik. Noch viel weniger ist sie eine Alternative für Christinnen und Christen.

**Den Faktencheck erhalten Sie online unter:**  
[www.eak-cducsu.de/Aktuelles](http://www.eak-cducsu.de/Aktuelles)  
**oder als gedruckte A5-Broschüre**  
(Einzelexemplare kostenfrei; **50 Stück = 25,00 € zzgl. Versand**)  
über die EAK-Bundesgeschäftsstelle.



## Kontaktadresse:

EAK der CDU/CSU,  
Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhörerstraße 8,  
10785 Berlin

oder unter: [eak@cdu.de](mailto:eak@cdu.de)

[www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)



*„Wo aber der Geist des Herrn ist,  
da ist Freiheit“ (2. Kor. 3,17)*

Zu den größten Leistungen Martin Luthers zähle ich die Schaffung der deutschen Schriftsprache durch seine Bibelübersetzung und sein Verständnis von Freiheit. Eine seiner drei reformatorischen Hauptschriften aus dem Jahr 1520 trägt – gut paulinisch – den programmatischen Titel: „Von der Freiheit eines Christenmenschen“. Luthers Verständnis von Freiheit wurde zum Fanal der Reformation: Ein Christenmensch kann in innerer Freiheit jeder irdischen Autorität selbstbewusst gegenüber treten, weil Gott für ihn die erste und letzte Autorität ist. Aber eben aus diesem Grunde vergibt er sich nichts, wenn er aus dieser inneren Freiheit heraus äußerlich sich unterordnen und ein „Knecht“ im Dienst der Nächstenliebe sein kann.

Die Bibel wurde befreit aus dem Korsett scholastischer Theologie. Die Gewissen der Gläubigen wurden befreit vom Zwang des Ablasshandels, vom Zwang der Ohrenbeichte, vom Zwang, durch gute Werke sich den Himmel zu verdienen. Und die Gemeinden, insbesondere auch die politischen Entscheidungsträger, wurden befreit von kirchlicher Bevormundung.

Befremdlich ist allerdings, dass der Reformator in seinen letzten Lebensjahren diese Freiheit den Juden nicht gestatten wollte. Seine Enttäuschung darüber, dass sie sich nicht missionieren lassen wollten, verleitete ihn zu maßlosen Anschuldigungen und Angriffen auf das Judentum. Dennoch hat Luther maßgeblich dazu beigetragen, dass in unserem Kulturkreis Meinungsfreiheit und Redefreiheit zu Grundrechten wurden.

**Elisabeth Motschmann MdB,**  
Mitglied des EAK-Bundesvorstandes